

**Art. 4** - Die Deckung erstreckt sich auf alle Länder des geografischen Europas und die Mittelmeerländer. Diese Länder müssen namentlich im Versicherungsvertrag aufgezählt werden.

**Art. 5** - Unbeschadet der Bestimmungen des Gesetzes vom 25. Juni 1992 über den Landversicherungsvertrag kann Folgendes von der Deckung ausgeschlossen werden:

1. der Organisation zugefügte Schäden,
2. Schäden, die direkt oder indirekt auf Veränderungen von Atomkernen, Radioaktivität und Erzeugung ionisierender Strahlung zurückzuführen sind,
3. Schäden durch Personen- und Lastenaufzüge,
4. Sachschäden durch Feuer, Brand, Explosion oder Rauch aufgrund eines Feuers oder Brandes, die in dem Gebäude, dessen Eigentümer oder Mieter der Versicherte ist, entstehen oder sich über dieses Gebäude ausbreiten, mit Ausnahme jedoch von Schäden, die während eines zeitweiligen oder gelegentlichen Aufenthalts in einem Hotel oder einer ähnlichen Unterkunft von dem Versicherten verursacht werden,
5. Schäden durch Gebäude bei ihrem Bau, Wiederaufbau oder Umbau,
6. Sachschäden durch Erdbewegungen,
7. Schäden durch die Nutzung von Segelbooten mit einem Gewicht von mehr als 200 kg oder Motorbooten, deren Eigentümer oder Mieter der Versicherte ist,
8. Schäden durch die Nutzung von Luftfahrzeugen, deren Eigentümer oder Mieter der Versicherte ist,
9. Schäden durch die Jagdausübung und Wildschäden,
10. alle Schäden, die direkt oder indirekt auf Asbest und/oder seine gefährlichen Eigenschaften sowie auf andere asbesthaltige Materialien gleich welcher Form zurückzuführen sind,
11. Schäden, die auf Verlust, Verschwinden oder Diebstahl von Datenträgern zurückzuführen sind, einschließlich gespeicherter Daten und der daraus hervorgehenden immateriellen Schäden,
12. Dritten zugefügte Schäden durch Boden-, Wasser- oder Luftverschmutzung. Dieser Ausschluss findet keine Anwendung, wenn diese Schäden direkte Folge eines Unfalls sind,
13. strafrechtliche Geldbußen, Vergleiche in Strafsachen, administrative und wirtschaftliche Geldbußen oder Vergleiche, Zwangsgelder und Entschädigungen als strafrechtliche oder abschreckende Maßnahme in bestimmten ausländischen Rechtssystemen sowie Gerichtskosten in Sachen Strafverfolgung,
14. Schäden, für die Leiter von juristischen Personen aufgrund von Fehlern haften, die sie in ihrer Eigenschaft als Leiter begangen haben.

**Art. 6** - Vorliegender Erlass tritt am 1. Januar 2007 in Kraft.

Die Bestimmungen des vorliegenden Erlasses sind ab seinem Inkrafttreten auf die laufenden Versicherungsverträge anwendbar.

Die Versicherungsunternehmen passen den Wortlaut der Versicherungsverträge, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Erlasses laufen, zum ersten jährlichen Fälligkeitstermin nach einem Zeitraum von sechs Monaten nach Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses an den Wortlaut dieses Erlasses an.

**Art. 7** - Unsere für Wirtschaft beziehungsweise Soziale Angelegenheiten zuständigen Minister sind, jeweils für ihren Bereich, mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 19. Dezember 2006

ALBERT

Von Königs wegen:

Der Minister der Wirtschaft

M. VERWILGHEN

Der Minister der Sozialen Angelegenheiten

R. DEMOTTE

SERVICE PUBLIC FEDERAL ECONOMIE,  
P.M.E., CLASSES MOYENNES ET ENERGIE

[C - 2021/21997]

**21 SEPTEMBRE 2020. — Arrêté royal portant modification de diverses dispositions réglementaires en matière de brevets d'invention et de certificats complémentaires de protection. — Traduction allemande d'extraits**

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande des articles 1 à 7 et 9 à 16 de l'arrêté royal du 21 septembre 2020 portant modification de diverses dispositions réglementaires en matière de brevets d'invention et de certificats complémentaires de protection (*Moniteur belge* du 5 octobre 2020).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmédy.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST ECONOMIE,  
K.M.O., MIDDENSTAND EN ENERGIE

[C - 2021/21997]

**21 SEPTEMBER 2020. — Koninklijk besluit houdende wijziging van diverse reglementaire bepalingen betreffende uitvindingsoctrooien en aanvullende beschermingscertificaten. — Duitse vertaling van uittreksels**

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van de artikelen 1 tot 7 en 9 tot 16 van het koninklijk besluit van 21 september 2020 houdende wijziging van diverse reglementaire bepalingen betreffende uitvindingsoctrooien en aanvullende beschermingscertificaten (*Belgisch Staatsblad* van 5 oktober 2020).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmédy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST WIRTSCHAFT, KMB, MITTELSTAND UND ENERGIE

[C - 2021/21997]

**21. SEPTEMBER 2020 — Königlicher Erlass zur Abänderung verschiedener Verordnungsbestimmungen über Erfindungspatente und ergänzende Schutzzertifikate — Deutsche Übersetzung von Auszügen**

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung der Artikel 1 bis 7 und 9 bis 16 des Königlichen Erlasses vom 21. September 2020 zur Abänderung verschiedener Verordnungsbestimmungen über Erfindungspatente und ergänzende Schutzzertifikate.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmédy erstellt worden.

## FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST WIRTSCHAFT, KMB, MITTELSTAND UND ENERGIE

## 21. SEPTEMBER 2020 — Königlicher Erlass zur Abänderung verschiedener Verordnungsbestimmungen über Erfindungspatente und ergänzende Schutzzertifikate

PHILIPPE, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund der Verfassung, des Artikels 108;

Aufgrund des Wirtschaftsgesetzbuches, der Artikel XI.14, XI.19 §§ 2 und 4 Absatz 1, XI.20 §§ 1 und 2, XI.23 §§ 4 und 7, XI.48 und XI.78, eingefügt durch das Gesetz vom 19. April 2014;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 27. Februar 1981 über die Einreichung einer europäischen Patentanmeldung, die Umwandlung dieser Anmeldung in eine nationale Anmeldung und die Eintragung von europäischen Patenten mit Rechtsfolgen in Belgien;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 2. Dezember 1986 über die Anmeldung, die Erteilung und die Aufrechterhaltung von Erfindungspatenten;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 5. Dezember 2007 über die Einreichung einer europäischen Patentanmeldung, die Umwandlung dieser Anmeldung in eine belgische Anmeldung und die Eintragung von europäischen Patenten mit Rechtsfolgen in Belgien;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 12. Mai 2015 zur Ausführung von Buch XI Artikel XI.82 bis XI.90 des Wirtschaftsgesetzbuches über die Einreichung einer europäischen Patentanmeldung, die Umwandlung dieser Anmeldung in eine belgische Anmeldung und die Eintragung von europäischen Patenten mit Rechtsfolgen in Belgien;

Aufgrund der Stellungnahme des Finanzinspektors vom 24. Juni 2020;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 67.783/1/V des Staatsrates vom 21. August 2020, abgegeben in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 2 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat;

Auf Vorschlag der Ministerin der Wirtschaft

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

*KAPITEL 1 - Abänderung des Königlichen Erlasses vom 27. Februar 1981 über die Einreichung einer europäischen Patentanmeldung, die Umwandlung dieser Anmeldung in eine nationale Anmeldung und die Eintragung von europäischen Patenten mit Rechtsfolgen in Belgien*

**Artikel 1** - In Artikel 10 § 3 des Königlichen Erlasses vom 27. Februar 1981 über die Einreichung einer europäischen Patentanmeldung, die Umwandlung dieser Anmeldung in eine nationale Anmeldung und die Eintragung von europäischen Patenten mit Rechtsfolgen in Belgien, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 4. September 2014, werden die Wörter "am Datum der Zahlung der nationalen Anmeldegebühr" durch die Wörter "am Datum des Eingangs des Umwandlungsantrags beim Amt" ersetzt.

*KAPITEL 2 - Abänderungen des Königlichen Erlasses vom 2. Dezember 1986 über die Anmeldung, die Erteilung und die Aufrechterhaltung von Erfindungspatenten*

**Art. 2** - In Artikel 4 des Königlichen Erlasses vom 2. Dezember 1986 über die Anmeldung, die Erteilung und die Aufrechterhaltung von Erfindungspatenten, ersetzt durch den Königlichen Erlass vom 4. September 2014, wird § 5 wie folgt ersetzt:

"§ 5 - Die in Artikel XI.20 § 1 Absatz 2 und § 2 Absatz 2 des Wirtschaftsgesetzbuches erwähnte Datenbank ist der Digitale Zugangsservice (DAS) der Weltorganisation für geistiges Eigentum.

Der in Artikel XI.20 § 1 Absatz 2 und § 2 Absatz 2 des Wirtschaftsgesetzbuches erwähnte Verweis umfasst die Angabe des Digitalen Zugangsservices (DAS) und die Angabe des DAS-Zugangscodes, der es ermöglicht, in diesem Service die frühere Anmeldung zu erhalten, deren Priorität in Anspruch genommen wird.

Die Einreichung des in Absatz 2 erwähnten Verweises in Bezug auf eine frühere Anmeldung beim Amt ersetzt die in § 3 Absatz 1 erwähnte Einreichung einer Abschrift dieser früheren Anmeldung beim Amt, wenn sowohl die Verfügbarkeit der früheren Anmeldung beim Digitalen Zugangsservice (DAS) als auch die Einreichung des Verweises in Bezug auf diese Anmeldung beim Amt vor Ablauf der in § 3 Absatz 1 erwähnten Frist verwirklicht worden sind.

Wenn es für das Amt unmöglich ist, im Digitalen Zugangsservice (DAS) die frühere Anmeldung auf der Grundlage des in Absatz 2 erwähnten eingereichten Verweises zu erhalten, notifiziert das Amt dies dem Anmelder. Damit der eingereichte Verweis in diesem Fall die in § 3 Absatz 1 erwähnte Einreichung einer Abschrift ersetzen kann, muss der Anmelder vor Ablauf der in § 3 Absatz 1 erwähnten Frist oder binnen einer Frist von zwei Monaten ab Versand der vorerwähnten Notifizierung je nachdem, welche Frist zuletzt abläuft, noch eine Abschrift der früheren Anmeldung sowie eine Abschrift des von der Weltorganisation für geistiges Eigentum ausgestellten Zertifikats über die Aufnahme dieser früheren Anmeldung ab einem bestimmten Datum in den Digitalen Zugangsservice (DAS) einreichen. Infolge der Einreichung dieser beiden Aktenstücke binnen der gesetzten Frist geht das Amt für die Beurteilung der Einhaltung der Anforderungen in Bezug auf den Prioritätsanspruch davon aus, dass das Datum der Verfügbarkeit der früheren Anmeldung im Digitalen Zugangsservice (DAS) mit dem Datum der Verfügbarkeit übereinstimmt, das in dem eingereichten Zertifikat angegeben ist."

**Art. 3** - In Artikel 11 § 5 desselben Erlasses werden die Wörter "Mehrere Patentansprüche" durch die Wörter "Die Patentansprüche" ersetzt.

**Art. 4** - Artikel 17 § 5 desselben Erlasses wird durch einen Satz mit folgendem Wortlaut ergänzt:

"Der Direktor des Amtes kann die Modalitäten festlegen, nach denen diese Nummerierung vorgenommen wird."

**Art. 5** - Artikel 18 § 2 desselben Erlasses, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 4. September 2014, wird wie folgt abgeändert:

1. Zwischen den Wörtern "der Anmelder" und dem Wort "aufgefordert" werden die Wörter "vom Amt mittels der in Artikel 22 § 2 erwähnten Notifizierung" eingefügt und die Wörter "zu teilen" werden durch die Wörter "einzuschränken, zu teilen" ersetzt.

2. Die Wörter "innerhalb einer Frist von vier Monaten ab dem in Artikel 22 § 2 des vorliegenden Erlasses vorgesehenen Notifizierungsdatum" werden durch die Wörter "vor dem Datum der Patenterteilung" ersetzt.

3. Zwischen dem Wort "oder" und den Wörtern "zu ändern" werden die Wörter "gemäß Artikel 25" eingefügt.

**Art. 6** - In denselben Erlass wird ein Artikel 19bis mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Art. 19bis - Für jede Teilanmeldung sind im Hinblick auf ihre Aufrechterhaltung die in Artikel XI.48 des Wirtschaftsgesetzbuches erwähnten Jahresgebühren und Zuschlagsgebühren an dem darin festgelegten Fälligkeitstag zu zahlen.

Die Jahresgebühren, die am Anmeldetag der Teilanmeldung fällig sind, müssen gleichzeitig mit der Anmeldegebühr dieser Teilanmeldung binnen der in Artikel XI.16 § 2 des Wirtschaftsgesetzbuches erwähnten Frist gezahlt werden."

**Art. 7** - In Artikel 22 § 2 desselben Erlasses, ersetzt durch den Königlichen Erlass vom 17. August 2007, werden die Wörter "innerhalb einer Frist von vier Monaten ab dem Notifizierungsdatum" durch die Wörter "innerhalb der in Artikel 21 erwähnten Frist" ersetzt.

(...)

**KAPITEL 4 - Abänderung des Königlichen Erlasses vom 12. Mai 2015 zur Ausführung von Buch XI Artikel XI.82 bis XI.90 des Wirtschaftsgesetzbuches über die Einreichung einer europäischen Patentanmeldung, die Umwandlung dieser Anmeldung in eine belgische Anmeldung und die Eintragung von europäischen Patenten mit Rechtsfolgen in Belgien**

**Art. 9** - In Artikel 10 § 3 des Königlichen Erlasses vom 12. Mai 2015 zur Ausführung von Buch XI Artikel XI.82 bis XI.90 des Wirtschaftsgesetzbuches über die Einreichung einer europäischen Patentanmeldung, die Umwandlung dieser Anmeldung in eine belgische Anmeldung und die Eintragung von europäischen Patenten mit Rechtsfolgen in Belgien werden die Wörter "zu diesem Zeitpunkt" durch die Wörter "am Datum des Eingangs des Umwandlungsantrags beim Amt" ersetzt.

#### KAPITEL 5 - Übergangsbestimmungen

**Art. 10** - Die Artikel 1, 8 und 9 gelten für Umwandlungsanträge, die nach Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses beim Amt eingehen.

**Art. 11** - Artikel 2 gilt für Patentanmeldungen, die nach Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses eingereicht werden.

**Art. 12** - Artikel 3 gilt für Patentanmeldungen, die vor Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses eingereicht werden.

**Art. 13** - Die Artikel 5 und 7 gelten für Patentanmeldungen, für die die in Artikel 22 § 2 des Königlichen Erlasses vom 2. Dezember 1986 über die Anmeldung, die Erteilung und die Aufrechterhaltung von Erfindungspatenten vorgesehene Notifizierung vom Amt nach Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses gesendet wird.

**Art. 14** - Artikel 19bis des Königlichen Erlasses vom 2. Dezember 1986 über die Anmeldung, die Erteilung und die Aufrechterhaltung von Erfindungspatenten wie durch Artikel 6 des vorliegenden Erlasses eingefügt gilt für Teilanmeldungen, die vor Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses eingereicht werden.

#### KAPITEL 6 - Schlussbestimmungen

**Art. 15** - Vorliegender Erlass tritt am 1. November 2020 in Kraft.

**Art. 16** - Der für Wirtschaft zuständige Minister ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 21. September 2020

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Die Ministerin der Wirtschaft  
N. MUYLLE

SERVICE PUBLIC FEDERAL ECONOMIE,  
P.M.E., CLASSES MOYENNES ET ENERGIE

[C - 2021/22071]

29 SEPTEMBRE 2021. — Arrêté royal modifiant l'arrêté royal du 12 août 2000 instituant la Commission consultative chargée d'assurer la coordination entre les administrations concernées par la gestion de l'exploration et de l'exploitation du plateau continental et de la mer territoriale et en fixant les modalités et les frais de fonctionnement

PHILIPPE, Roi des Belges,  
A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la loi du 13 juin 1969 sur l'exploration et l'exploitation des ressources non vivantes de la mer territoriale et du plateau continental, l'article 3, § 5, alinéas 1<sup>er</sup> et 4, insérés par la loi du 20 janvier 1999 ;

Vu l'arrêté royal du 12 août 2000 instituant la Commission consultative chargée d'assurer la coordination entre les administrations concernées par la gestion de l'exploration et de l'exploitation du plateau continental et de la mer territoriale et en fixant les modalités et les frais de fonctionnement ;

Vu les avis des Inspecteurs des Finances, donnés le 25 avril 2019 et le 20 mai 2019 ;

Vu l'avis 68.887/1 du Conseil d'État, donné le 11 mars 2021, en application de l'article 84, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup>, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973 ;

FEDERALE OVERHEIDSDIENST ECONOMIE,  
K.M.O., MIDDENSTAND EN ENERGIE

[C - 2021/22071]

29 SEPTEMBER 2021. — Koninklijk besluit tot wijziging van het koninklijk besluit van 12 augustus 2000 tot instelling van de raadgevende Commissie belast met de coördinatie tussen de administraties die betrokken zijn bij het beheer van de exploratie en de exploitatie van het continentaal plat en van de territoriale zee en tot vaststelling van de werkingsmodaliteiten en -kosten ervan

FILIP, Koning der Belgen,  
Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op de wet van 13 juni 1969 inzake de exploratie en de exploitatie van de niet-levende rijkdommen van de territoriale zee en het continentaal plat, artikel 3, § 5, eerste en vierde lid, ingevoegd bij de wet van 20 januari 1999;

Gelet op het koninklijk besluit van 12 augustus 2000 tot instelling van de raadgevende Commissie belast met de coördinatie tussen de administraties die betrokken zijn bij het beheer van de exploratie en de exploitatie van het continentaal plat en van de territoriale zee en tot vaststelling van de werkingsmodaliteiten en kosten ervan;

Gelet op de adviezen van de inspecteurs van Financiën, gegeven op 25 april 2019 en 20 mei 2019;

Gelet op advies 68.887/1 van de Raad van State, gegeven op 11 maart 2011, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2<sup>o</sup>, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;